

Alexander Gruber

Die „Generation Golf“ und die Politik

„Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft.“ So betitelte die SPD ihren jugendpolitischen Beschluss auf dem Parteitag 1988. Trifft diese Aussage zu, dann steht es um die Zukunftsfähigkeit der Parteien nicht gut. Nur dreizehn Jahre nach diesem Parteitag hat sich die Mitgliederzahl der Jungsozialisten, der Jugendorganisation der SPD, um über 100 000 Mitglieder reduziert. Der Jungen Union geht es nicht viel besser. Mehr als 80 000 Mitglieder hat die Junior-Partei der CDU in dieser Zeitspanne verloren. Tendenz: weiter fallend.

Noch bedenklicher als der personelle Schrumpfungsprozess der Partei-Jugendorganisationen ist die sinkende Wahlbeteiligung von Jungwählern an Bundestagswahlen: Zwischen 1983 und 1990 nahmen 21 Prozent weniger Jungwähler ihr Recht auf politische Partizipation wahr. Selten in der deut-

schen Nachkriegsgeschichte hat die junge Generation der Politik und den Parteien so befremdet gegenübergestanden wie derzeit.

Eine Problemanalyse für diese Entwicklung gestaltet sich durchaus schwierig, denn in der Jugend der neunziger Jahre fehlt ein geistiger „gemeinsamer Nenner“, bei dem man die Ursachen für die grassierende Distanz zwischen Jugendlichen und der Politik lokalisieren könnte. Zu zersplittert sind die Szenen und Lebensstilgruppen, als dass man heute von einer Generation sprechen könnte.

Eine mögliche – wechselseitige – Erklärung für diese Entwicklung wäre: Fehlende Identifikationsbereitschaft der Jugendlichen mit der Politik trifft auf mangelndes Identifikationspotenzial der Politik.

Die Jugend setzt, trotz aller differenzierten Lebensstile, übergreifend andere Prioritäten in ihrer Lebens- und Freizeitgestaltung als die Jugend der siebziger und achtziger

Jahre. Wirtschaft und Medien propagieren und fördern die Ellbogengesellschaft. Daraus leiten Jugendliche die Vorstellung ab, persönliches Gewinnstreben und Egoismus seien Voraussetzungen für den beruflichen Erfolg. Hemmungsloser Hedonismus in der Freizeit ist dann der Ausgleich für den harten Alltag. Florian Illies hat den Geist dieser Jugend in seinem Buch *Generation Golf* treffend beschrieben: „Früher war alles etwas übersichtlicher. Man glaubte an das Gute im Menschen und das Böse im Amerikaner. Eine ganze Gesellschaft glaubte an den Marsch durch die Institutionen. [...] An lauter Sachen eben, die davon ausgingen, dass sich die Welt verändern lasse. Die Generation Golf hat früh gelernt, dass das zu anstrengend ist.“

In diesen Trend fallen Politikskandale und bewirken einen grassierenden Vertrauens- und Integrationsverlust in Politik und Parteien. Die 97er Shell-Studie bringt es auf

den Punkt: Politiker und Parteien erscheinen als Erfüllungsgehilfen der Wirtschaft und Industrie und sind von daher über alle Parteigrenzen hinaus austauschbar. So ist es nicht verwunderlich, dass die Zustimmungswerte für Glaubwürdigkeit oder Vertrauen in Parteien auf erschreckende fünf Prozent bei den Jugendlichen gesunken sind.

Die etablierten Parteien versuchen dieser Entwicklung entgegenzutreten. Doch zu Techno tanzende Parteivorsitzende und „Generalsekretäre von Splitterparteien“ (Kabarettist Ottfried Fischer) im Big-Brother-Container wirken auf die aufgeklärte Jugend ebenso „anbiedernd und peinlich“ (Elmar Wiesendahl) wie verkrampt gestaltete Internetseiten, die Jugendliche für die eigene Partei oder Idee begeistern sollen. An dieser Entwicklung tragen die Medien eine erhebliche Mitschuld: Auf der einen Seite bieten sie der „Möllemannisierung“ der Politik ein geeignetes Forum, um sich auf der anderen Seite gierig auf vermeintliche Skandale zu stürzen.

Das Ergebnis: Die Jugend fühlt sich in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt und bleibt Parteien und Politik fern.

Wirksame Abhilfe gegen diese Entwicklung

könnten die Jugendorganisationen der etablierten Parteien leisten. Denn alleine auf Grund ihrer Altersstruktur sind sie die idealen Ansprechpartner und Lobbyisten für Jugendliche. Doch diese Rolle nehmen sie nicht in ausreichendem Maße wahr.

Natürlich haben es diese Partei- Jugendorganisationen qua Selbstdefinition in ihrer Arbeit schwer. Sie sollen Nachwuchs für die Mutterpartei rekrutieren, sich um die Jugend vor Ort „kümmern“, jugendpolitische Themen diskutieren, Druck auf die Mutterpartei ausüben und dort den eigenen Einfluss geltend machen. Doch gerade dieser Einfluss wird von den Mutterparteien auf allen Ebenen geschickt im Rahmen gehalten.

Aber auch das Ansehen der Jugendorganisationen leidet bei der jungen Generation. Parteimitglieder gelten als „uncool“, würden ihre Freizeit vergeuden und nur über „abgehobene“ Themen diskutieren. (Eine Befragung von Hamburger Gymnasiasten im September 2000 hat diese Einschätzungen zu Tage gebracht.) Diese Einschätzungen finden sich auch in den Jugendorganisationen selbst: So hat der Bundesvorstand der Jungsozialisten in seinem Arbeitspapier „Neue Zei-

ten denken“ die Befürchtung geäußert, der eigenen Organisation „droht die Mutation zu einem bizarren Gebilde aus politisch irrelevanten Cliques, karrieregeilen Schleimern [...], halbherzigem sozialdemokratischem Reformismus sowie regionalspezifischen Fantasie-Sozialismen“.

Schließlich kommt für die aufgeklärten Jugendlichen abschreckend hinzu, dass die Jugendorganisationen der etablierten Parteien den Bogen der Kreativität zuweilen überspannen. Zog die Junge Union noch mit dem provokanten Plakat „Schröder ist kein guter Kanzler – drei Frauen können nicht irren“ in den Bundestagswahlkampf 1998 und machten die Jungliberalen in Hamburg noch mit der Homepage www.bekiff ficken.de auf sich aufmerksam, so überspannten die Jungsozialisten in Bayern eben diesen Bogen, als sie Innenminister Günther Beckstein auf einem Plakat als „Volkschädling“ bezeichneten.

Lösungen für dieses allgemeine Dilemma müssen zweigleisig gefunden werden. Die junge Generation muss effektiver zu staatsbürgerlichem Bewusstsein erzogen werden, und Politik und Gesellschaft täten gut daran, die junge Generation ernst zu nehmen.